



Ratsfraktion Duisburg

OFFENER BRIEF

An den Vorsitzenden der
Fraktion der PDS im Berliner Abgeordnetenhaus
Stefan Liebich

Gravelottestraße 28
47053 Duisburg
Tel.: (02 03) 9 30 86 92
Fax: (02 03) 9 30 86 94

Duisburg, 31.10.2002

Haushaltspolitik

Lieber Stefan Liebich,

seit 1999 ist die PDS-Offene Liste in Fraktionsstärke im Rat der Stadt Duisburg vertreten. Unser für „West-Verhältnisse“ ausgesprochen gutes Ergebnis von 4,2% der Stimmen haben wir in einer Stadt erzielt, in der die Menschen seit Jahren unter einer sogenannten „Konsolidierungspolitik“ leiden. Seit 1993 konnte kein ausgeglichener Haushalt erstellt werden, zahlreiche soziale Einrichtungen, zentrale Bereiche städtischer Daseinsvorsorge und Infrastruktur sind in diesen Jahren eingeschränkt worden. Es gibt einen massiven Personalabbau im öffentlichen Dienst. Mit der Stimmabgabe für die PDS-Offene Liste in Duisburg haben die Wählerinnen und Wähler dagegen protestiert, für eine vollkommen verfehlte Finanzpolitik auf Bundesebene zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Sie erwarten von uns, dass wir uns deutlich gegen weitere Schließungen, Verschlechterungen und Verteuerungen öffentlicher Einrichtungen zur Wehr setzen, die praktische Beseitigung der kommunalen Selbstverwaltung bekämpfen, nachdrücklich für einen verbindlichen Konnex zwischen Aufgaben und Finanzierung eintreten und die Verantwortlichen an der Haushaltsmisere deutlich benennen.

Auf unserer gestrigen Gesamtfraktionssitzung waren wir mit zwei Themen konfrontiert: der Nicht-Genehmigung des städtischen Haushalts durch die kommunale Aufsichtsbehörde und der Mitteilung aus Berlin, der zufolge der SPD-PDS geführte Senat den Austritt aus dem Kommunalen Arbeitgeberverband beschlossen hat.

Die Nicht-Genehmigung des Haushaltes der Stadt Duisburg (der Kämmerer und die Ratsmehrheit hatten in purer Verzweiflung schlichtweg 62 Millionen € zu erwartende Einnahmen aus einer angeblich bevorstehenden Gemeindefinanzreform in den Haushalt gesetzt) stellt auch uns vor die Herausforderung, konkrete Schritte zur Konsolidierung der Finanzen vorzuschlagen und den Einwohnerinnen und Einwohnern zu vermitteln.

In diesem Zusammenhang haben wir uns darauf verständigt, die Forderung nach einer unverzüglichen Gemeindefinanzreform, nach einem Schuldenmoratorium und nach der Einführung eines demokratischen Beteiligungshaushalts in den Mittelpunkt unserer Politik zu stellen. Das hat im wesentlichen zwei Gründe:

Zum einen gibt es Profiteure der öffentlichen Haushaltsmisere. Dies sind in erster Linie die privaten Banken, die am Niedergang der öffentlichen Kassen ordentlich verdienen, und es sind Konzerne, die durch die Unternehmenssteuerreform der SPD-GRÜNEN-Bundesregierung quasi steuerfrei gestellt wurden. Wir erleben bei uns und bundesweit einen wahren Einbruch bei den öffentlichen Einnahmen.

Zum anderen sehen wir uns in der Pflicht, den Einwohnerinnen und Einwohnern in Duisburg genau diesen Zusammenhang zwischen privater Profitmaximierung und öffentlicher Verschuldung deutlich zu machen. In einer Veränderung dieser Ausgangsbedingungen liegt die einzige Chance für eine sozial gerechte Politik.

Alle Versuche, durch Umschichtungen und Einsparungen innerhalb des Haushaltes „klarzukommen“, sind nicht nur Scheinlösungen, sondern vernebeln auch den Blick auf die gesellschaftlichen Realitäten.

Wir werden in den nächsten Wochen mit Aktionen in den Stadtteilen und vor Banken, mit unserer Zeitung „Standpunkt“ und weiteren Materialien in Duisburg Proteste organisieren – gerade auch gegen die sozialdemokratische Krisenverwaltungsmentalität.

Wir schildern dies so ausführlich, weil die Berliner Senatsentscheidung von vorgestern einen völlig anderen Umgang mit der Haushaltsnotlage offenbart. Einen Umgang, den wir für grundfalsch und nicht vertretbar halten.

In einem Papier argumentiert der Berliner PDS-Abgeordnete Marian Krüger, - übrigens vollkommen immanent im Rahmen der sattsam bekannten Politikmuster auch anderswo - die Ablehnung des sogenannten „Solidarpakts“ durch die Gewerkschaften sei „Besitzstandswahrung um jeden Preis“. Welchen Besitz meint Ihr da eigentlich? In welchem sozialen Kontrast steht das zu dem "Sanierungskonzept" für die Berliner Bank!

Eine weitere Erhöhung der Berliner Schulden bürde „Kindern und Enkeln unverantwortliche Lasten“ auf. Eine neoliberale Sprechblase, und das wisst Ihr. Denn die Lasten für Kinder und Enkel sind ohnehin da. Erhöhter Arbeitsdruck auf LehrerInnen und ErzieherInnen mit damit verbundener Absenkung von Bildungsqualität sowie Preiserhöhungen in öffentlichen Einrichtungen wie Schwimmbädern sind eine ganz konkrete Last für „Kinder und Enkel“. Warum verschweigt ihr das?

Auch das von Euch vorgetragene Argument, „dass sich Berlin deutlich mehr Personal leistet als andere Länder in der Bundesrepublik“ ist nicht nachvollziehbar. Der Begriff „leistet“ diskreditiert hier bereits die Beschäftigten. Wir haben jedenfalls nicht den Eindruck, dass ein leistungsstarker öffentlicher Dienst „Luxus“ ist, den man sich „leistet“. Duisburg hat sicherlich eine geringere Personaldichte. Wir spüren die Folgen an jeder Stelle, die Einwohnerinnen und Einwohner stellen immer wieder fest, dass mit dem Stellenabbau auch massive Verschlechterungen städtischer Dienstleistungen und Serviceangebote einhergehen. Die verbleibenden Beschäftigten leiden unter einer teilweise schon unerträglichen Leistungsverdichtung. Daher kann der woanders vollzogene Abbau von Stellen doch wohl nicht Masstab der Politik der PDS sein.

Die Gewerkschaften und die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst in Berlin tragen keinerlei Verantwortung für die Haushaltsmisere der Stadt. Warum Ihr dennoch die Forderung stellt, der öffentliche Dienst müsse seinen „notwendigen Solidarbeitrag“ erbringen, ist uns schleierhaft. Es hat jedenfalls nichts mit dem Solidaritätsbegriff zu tun, wenn Entgeltverzicht letztlich zur Finanzierung der Bank-Profite geleistet werden soll.

Mit dem Austritt aus dem kommunalen Arbeitgeberverband setzt Ihr Eure vom Ansatz her falsche Argumentationslinie konsequent um: Zerschlagung des Flächentarifvertrages, Abbau gewerkschaftlicher Rechte, Einkommensabsenkung. Und dies ausgerechnet von einer Regierung, an der die PDS beteiligt ist! Wir verstehen, dass die Gewerkschaften eine solche Politik - auch „zeitlich befristet“ - nicht mittragen wollen und können. Und mehr noch: wir finden es richtig.

Eine Verbesserung der Berliner Finanzsituation wird es nur geben können, wenn sich die Einnahmesituation drastisch ändert. Dazu müssen Kampagnen und Aktionen gestartet werden, müssen die Menschen gewonnen werden, in Duisburg wie in Berlin.

Wenn selbst die PDS eine derartige „Konsolidierungspolitik“ für alternativlos erklärt, trägt sie hingegen zum weiteren Durchbruch neoliberaler Strategien bei und schadet damit Ihren eigenen politischen Zielen.

Von daher fordern wir Euch aktuell auf, die Senatsentscheidung zum Austritt aus dem Kommunalen Arbeitgeberverband nicht mitzutragen und gemeinsam mit den Gewerkschaften und allen Betroffenen gegen die skandalöse Finanzpolitik der Bundesregierung auf die Straße zu gehen.

Mit sozialistischen Grüßen

Hermann Dierkes
Fraktionsvorsitzender